

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

24.04.2023

Inhalt

EWN

1 LNG auf Rügen: Kippt der Protest? <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 22.04.2023</i>	3
2 Frankreichs Atomindustrie plant 100.000 neue Stellen <i>Donaukurier Ingolstadt, 22.04.2023</i>	5

 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 22.04.2023 | S. 9

 Auflage: 9.110 | Reichweite: 20.202

 Uwe Driest, Anne Ziebarth

ENERGIEVERSORGUNG

LNG auf Rügen: Kippt der Protest?

Nach der klaren Ansage seitens der Bundesregierung für den Standort in Mukran bröckelt die Front der Kritiker.

Ein bisschen LNG? Ganz weit draußen? Oder doch in Mukran? Nach dem Gespräch in Binz, an dem Bürgermeister und Unternehmer, Verbände, Landesregierung und Bundesregierung teilnahmen, schlägt der LNG-Kompass wieder stark in Richtung der Hafenstadt Sassnitz und ihrem Industriehafen Mukran aus. Diese Entwicklung löst unterschiedliche Reaktionen aus.

In Binz sieht man das Vorhaben nach wie vor kritisch. Bürgermeister Karsten Schneider hatte sich in der Vergangenheit immer wieder explizit gegen ein LNG-Terminal vor Rügen ausgesprochen, egal ob vor Sellin oder in Sassnitz. Nicht nur Bedenken über mögliche Umweltzerstörungen oder die Auswirkungen auf die gesamte Tourismusbranche spielten hier eine Rolle. Auch der Strand der Prorer Wiek werde durch die veränderten Strömungsverhältnisse im Falle eines Ausbaus von Mukran beeinflusst. Ein Sprecher der Gemeinde verwies zudem auf das Stimmungsbild auf Rügen und eine online-Umfrage des Institutes Civey vom 18. bis 20. April, nach der sich in MV 74,4 Prozent gegen ein LNG-Terminal ausgesprochen hätten. Auch die Demonstrationen der vergangenen Wochen würden eine klare Sprache sprechen.

„Sollte die Politik weiter darauf bestehen, werden wir gerichtlich dagegen vorgehen“, so Schneider. „Die Politik sollte jetzt nicht weiter Fakten an der Insel Rügen und ihren Bewohnern vorbei schaffen. Dieses Vorgehen hat in den letzten Monaten zu großem Unmut geführt. Die Deutschlandgeschwindigkeit der Bundesregierung muss jetzt erst mal eine Vollbremsung vor Rügen machen.“ Den Petitionsausschuss und das Gesetzgebungsverfahren müsse man aber abwarten, so der beauftragte Anwalt Reiner Geulen. „Eine Klage kann erst gegen eine Genehmigung eingereicht werden.“ Man sei aber bereits gut auf diesen Fall vorbereitet, denn die Basis - eine Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes um den Punkt „Rügen“ oder „Mukran“ - hält er für juristisch nicht haltbar.

Auch auf einen anderen Fall sei man vorbereitet: „Wir gehen nicht davon aus, dass ohne Genehmigung gebaut wird“, meint er. „Aber dann würden wir gegen den Baubeginn eine einstweilige Anordnung anstreben.“ Andere Teilnehmer des Treffens reagierten nach dem ersten Schock über die Aussage, dass die Regierung an ihren Plänen festhält und Mukran in den Fokus rückt, pragmatischer. „Die Offshore-Lösung und Sellin sind vom Tisch, die Bundesregierung hat ihre Argumente für die Notwendigkeit vorgestellt“, meint Sellins Bürgermeister Reinhard Liedtke. „Wenn jetzt noch alles an Auflagen eingehalten wird, müssen wir uns wohl oder übel damit auseinandersetzen, dass Mukran kommt.“ Eine reine Abwehrhaltung würde hier nichts bringen, das sei auch eine Frage der Verantwortung. „Jetzt sind vernünftige Gespräche gefragt“, so Liedtke. „Erörterungen und Erklärungen. Und die Frage, ob Mukran überhaupt machbar wäre, ist auch nicht geklärt.“ Er könne sich eine LNG-Station im Hafen Mukran vorstellen, aber nur wenn es gelingt, die Interessen des Tourismus zu wahren. Insbesondere Binz dürfe keinen Schaden nehmen. „Keine Schallemissionen“, zählt er auf. „Keine chemischen Einleitungen. Das soll nach Angaben der Bundesregierung angeblich möglich sein.“

Ähnlich äußert sich Knut Schäfer. „Meine persönliche Meinung: Wenn die Risikolage in Ostdeutschland und der südlichen Nachbarn einen LNG-Terminalstandort Mukran alternativlos macht, müssen wir uns über Bedingungen unterhalten, unter denen der Standort Mukran ermöglicht und zugleich der Tourismus und die Interessen der Einheimischen geschützt werden“, so der Vorsitzende des Tourismusverbandes der Insel. Es liege doch noch nichts Konkretes auf dem Tisch - ein Projekt abzulehnen, ohne es zu kennen und darüber zu sprechen, sei kein Weg, meint er.

Alles wäre längst von „der Wirtschaft“ beschlossen, die Politik habe nichts zu sagen, glaubt der Fisch-

Verkäufer an einem Kutter im Hafen von Sassnitz. „Was soll das hier?“, fragt er und weist auf die Laichgründe des Herings in Rügener Gewässern hin. Auch ein Urlauber-Paar aus Rheinland-Pfalz glaubt, dass die Entscheidung bereits gefallen sei, sagt aber auch: „Irgendwo muss es ja hin.“ Nur wäre die Entscheidung zu sehr übers Knie gebrochen worden.

„Ich bin nicht dafür, dass das hierher kommt“, sagt die Verkäuferin in einem Souvenir-Geschäft am Hafen. „Das könnte Urlauber beeinträchtigen. Andererseits könnten die großen Schiffe vielleicht auch ein Anziehungspunkt für Menschen werden, die sich dafür interessieren.“

Thilo Dienst ist Energieberater und Segler. „Wir können nicht gegen alles sein. Irgendeine Kröte müssen wir schon schlucken“, findet er angesichts des

Widerstands sogar gegen Windenergieanlagen. „Dass man dem Habeck vorwirft, er würde Überkapazitäten schaffen, trifft nicht zu. Für die Energie- und Verkehrswende brauchen wir ein Drittel mehr Strom als bisher.“

„Lieber in Mukran als vor Binz oder Sellin, findet die Mitarbeiterin eines Hotels. „Hier ist ja schon eher Hafen-Atmosphäre. „Weil auch Infrastruktur vorhanden ist, verstehe ich die Entscheidung der Politik.“ Bestimmt ließe sich an der Ostseeküste ein Ort finden, der weniger vom Tourismus geprägt ist als Rügen.“ In keinem Fall aber dürfe die Natur der Insel leiden.

Zitat-Text:

„Sollte die Politik weiter darauf bestehen, werden wir gerichtlich dagegen vorgehen.“ - Karsten Schneider, Binzer Bürgermeister

📰 Donaukurier Ingolstadt | 22.04.2023 | S. 05

📄 Auflage: 28.022 | Reichweite: 100.746

👤 AFP

Frankreichs Atomindustrie plant 100.000 neue Stellen

Paris. Die französische Atomindustrie will in den kommenden zehn Jahren etwa 100 000 Mitarbeiter einstellen und ausbilden. Der geplante Bau von mindestens sechs neuen Atomkraftwerken werde das Arbeitsaufkommen der Branche um ein Viertel ansteigen lassen, heißt es in einem Bericht von Vertretern der Atomindustrie für die Regierung, der am Freitag übergeben wurde. Neben dem Bau der neuen und der Wartung der bestehenden Akw wird demnach auch in der Ver-

arbeitung von Uran, dem Umgang mit den radioaktiven Abfällen und dem Rückbau abgeschalteter Reaktoren zusätzliche Arbeit anfallen. Der Bericht umfasst auch den französischen Anteil am Bau von Reaktoren in Großbritannien und Indien. Die Industrievertreter geben einen Überblick über gut 80 Berufe, die in den kommenden Jahren besonders gefragt sein werden. Bei den Metallarbeitern werde die Zahl der Neueinstellungen voraussichtlich um 140 Prozent steigen.